

Antrag

der Abg. Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Endlich sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beenden

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie viele angehende Lehrerinnen und Lehrer zum Schuljahr 2014/2015 von der Problematik betroffen sind, dass eine Einstellung erst zu Beginn eines jeden Schuljahrs erfolgt und deshalb zwischen der Beendigung ihres Vorbereitungsdiensts (Referendariat) und dem Antritt ihrer Stelle durch die Sommerferien eine sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit entsteht;
2. ob sie an ihrer Auffassung festhält, die sie in ihrer Stellungnahme zu dem Antrag der FDP/DVP-Fraktion vom 24. Juni 2011 – Drucksache 15/25 – bekundet, dass die Verlängerung des Vorbereitungsdiensts um die Zeit der Sommerferien aus sozialen Gesichtspunkten durchaus anzustreben sei;
3. ob sie sich dem im erwähnten Antrag von der FDP/DVP-Fraktion unterbreiteten Vorschlag anschließen wird, den Vorbereitungsdienst um die Zeit der Sommerferien zu verlängern, beziehungsweise wie die ihr durch Landtagsbeschluss vom 6. Juli 2011 aufgetragene angemessene Lösung für das Problem der sechswöchigen Arbeitslosigkeit angehender Lehrkräfte in Baden-Württemberg zwischen Beendigung des Vorbereitungsdiensts und Stellenantritt aussieht;
4. ob in der aktuellen 15. Legislaturperiode noch mit einer Lösung des beschriebenen Problems zu rechnen ist;
5. bis wann sie eine Lösung des beschriebenen Problems vorzunehmen gedenkt;

II. den Vorbereitungsdienst ab dem Jahrgang 2013/2014 um die Zeit der Sommerferien zu verlängern, sodass die sechswöchige Lücke im Interesse der Betroffenen geschlossen wird.

04. 07. 2014

Dr. Timm Kern, Dr. Rülke, Haußmann, Dr. Bullinger, Glück FDP/DVP

Begründung

In der Zeit zwischen Beendigung ihres Vorbereitungsdiensts und dem Antritt ihrer ersten Stelle müssen sich angehende Lehrer während der Ferien für sechs Wochen arbeitslos melden. Dies verursacht nicht nur einen erheblichen bürokratischen Aufwand, sondern ist aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion auch deshalb eine nicht nachvollziehbare Praxis, da Referendaren derselbe Urlaubsanspruch wie allen anderen Lehrkräften zugebilligt werden sollte.

Die FDP/DVP-Fraktion hat deshalb bereits zu Beginn der Legislaturperiode den Antrag gestellt, den Vorbereitungsdienst ab dem Referendarsjahrgang 2010/2011 um die Zeit der Sommerferien zu verlängern. Die Regierungsmehrheit von GRÜNEN und SPD folgte diesem Antrag nicht, sondern führte den Beschluss herbei, dass „eine angemessene Lösung für das Problem der sechswöchigen Arbeitslosigkeit angehender Lehrkräfte in Baden-Württemberg zwischen Beendigung des Vorbereitungsdiensts und Stellenantritt zu erarbeiten“ sei (Drucksache 15/504). Da zwischenzeitlich drei Referendarsjahrgänge vollständig ausgebildet wurden, ohne dass dem Missstand Abhilfe geschaffen wurde, stellt die FDP/DVP-Fraktion ihren Antrag erneut und ersucht die Landesregierung, in der Angelegenheit Klarheit zu schaffen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 27. Juli 2014 Nr. 14–0311.21/54 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie viele angehende Lehrerinnen und Lehrer zum Schuljahr 2014/2015 von der Problematik betroffen sind, dass eine Einstellung erst zu Beginn eines jeden Schuljahrs erfolgt und deshalb zwischen der Beendigung ihres Vorbereitungsdiensts (Referendariat) und dem Antritt ihrer Stelle durch die Sommerferien eine sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit entsteht;

Die Anzahl der Neubewerber, die im Juli den Vorbereitungsdienst beenden und im September zum Schuljahresbeginn 2014/2015 in den Schuldienst des Landes eingestellt werden, steht derzeit noch nicht fest. Die Einstellungsverfahren sind derzeit noch nicht abgeschlossen. Das Nachrückverfahren läuft noch bis zum 30. September 2014. Nach Erfassung der Einstellungsentscheidungen und Auswertung der Einstellungsdaten stehen erste Ergebnisse voraussichtlich Mitte November 2014 zur Verfügung.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sind rund 70 Prozent aller Einstellungen Neubewerber, die direkt aus dem Vorbereitungsdienst kommen. Für das Jahr 2014 wird eine Gesamteinstellungszahl von 4.560 Personen prognostiziert. Davon entfallen voraussichtlich 3.200 Personen auf Neubewerber direkt aus dem Vorbereitungsdienst.

2. *ob sie an ihrer Auffassung festhält, die sie in ihrer Stellungnahme zu dem Antrag der FDP/DVP-Fraktion vom 24. Juni 2011 – Drucksache 15/25 – bekundet, dass die Verlängerung des Vorbereitungsdiensts um die Zeit der Sommerferien aus sozialen Gesichtspunkten durchaus anzustreben sei;*
3. *ob sie sich dem im erwähnten Antrag von der FDP/DVP-Fraktion unterbreiteten Vorschlag anschließen wird, den Vorbereitungsdienst um die Zeit der Sommerferien zu verlängern, beziehungsweise wie die ihr durch Landtagsbeschluss vom 6. Juli 2011 aufgetragene angemessene Lösung für das Problem der sechswöchigen Arbeitslosigkeit angehender Lehrkräfte in Baden-Württemberg zwischen Beendigung des Vorbereitungsdiensts und Stellenantritt aussieht;*
4. *ob in der aktuellen 15. Legislaturperiode noch mit einer Lösung des beschriebenen Problems zu rechnen ist;*
5. *bis wann sie eine Lösung des beschriebenen Problems vorzunehmen gedenkt;*

Die Landesregierung hat dem Landtagsbeschluss vom 6. Juli 2011 (Drs. 15/504) mit Bericht an den Landtag vom 24. April 2012 (Drs. 15/1605) Rechnung getragen. Darin wurden verschiedene Lösungsansätze zur Überbrückung der Sommerferien bei angehenden Lehrkräften und die damit verbundenen Mehrkosten dargestellt (zwischen ca. 6 und 27 Mio. Euro jährlich). Wie bereits in vorgenanntem Bericht der Landesregierung ausgeführt, spricht aus rein sozialen Gesichtspunkten viel dafür, dass die übernommenen Lehramtsanwärterinnen und -anwärter ohne zeitliche Unterbrechung in einem Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnis stehen.

In dem Bericht an den Landtag wurde darauf verwiesen, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage und der drängenden bildungspolitischen Notwendigkeiten die vorgezogene Einstellung als Lehrkraft, ggf. in Kombination mit einer Verlängerung des Vorbereitungsdienstes, derzeit nicht finanzierbar sei. Diese Situation hat sich angesichts der anstehenden, wichtigen bildungspolitischen Maßnahmen mit entsprechendem Ressourcenbedarf und dem weiterhin verfolgten Ziel der Nullverschuldung nicht geändert.

II. den Vorbereitungsdienst ab dem Jahrgang 2013/2014 um die Zeit der Sommerferien zu verlängern, sodass die sechswöchige Lücke im Interesse der Betroffenen geschlossen wird.

Hierzu wird auf die Darlegungen unter I. 2. bis 5. verwiesen.

Stoch

Minister für Kultus, Jugend und Sport